



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Claudia Köhler, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

### **Haushaltsplan 2022;**

**hier: Anpassung der Zuschüsse für Maßnahmen im Bereich LSBTIQ\*  
(Kap. 10 07 Tit. 686 75)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 10 07 wird der Ansatz im Tit. 686 75 (Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland) von 500,0 Tsd. Euro um 500,0 Tsd. auf 1.000,0 Tsd. Euro angehoben.

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.000,0 Tsd. Euro wird um 1.000,0 Tsd. Euro auf 2.000,0 Tsd. Euro aufgestockt. Hiervon werden frühestens fällig in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 jeweils 1.000,0 Tsd. Euro.

### **Begründung:**

Die langjährige Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach einer Förderung für Beratungsangebote für LSBTIQ\* in Bayern, insbesondere auch außerhalb der städtischen Zentren, wurde von der Staatsregierung endlich aufgegriffen. Bereits im Haushalt 2020 waren hierfür 400 Tsd. Euro vorgesehen. Rund 30 Projektskizzen wurden im vergangenen Jahr für eine Förderung eingereicht, ausgewählt wurden letztlich fünf Projekte mit zwölf beteiligten Trägern. Das Interesse hat die verfügbaren Mittel folglich deutlich überstiegen. Auch mit der leichten Steigerung um 100 Tsd. Euro auf jetzt 500 Tsd. Euro werden die verfügbaren Gelder dem Bedarf nicht gerecht. Um eine flächendeckende Unterstützung gerade im bisher schwach ausgestatteten ländlichen Raum sicherzustellen, ist eine deutliche Anhebung der Mittel nötig.

Die Studie Queeres Leben in Bayern aus dem Jahr 2020 zeigt eindrücklich auf, dass nahezu jede zweite bzw. jeder zweite Teilnehmende (48 Prozent) aufgrund der sexuellen Orientierung bzw. Geschlechtszugehörigkeit in Bayern Diskriminierung erfahren hat. Zu einem besonders hohen Anteil sind davon trans- und diversgeschlechtliche Menschen betroffen. Die Ergebnisse der Studie zeigen klar, welcher hohe Bedarf an queeren Angeboten und Konzepten es im Freistaat gibt. Eine gute Beratungsinfrastruktur samt Peer-to-Peer Angeboten, die die spezifischen Bedingungen queerer Menschen berücksichtigen, ist vor allem in der Phase der Selbstfindung wichtig. Diese fällt oft in die Zeit der schulischen bzw. beruflichen Ausbildung, wo besonders oft Diskriminierung stattfindet. Rund 40 Prozent der Befragten gaben an, in Schule und Ausbildung Diskriminierung erlebt zu haben. Um die Lebenssituation von LSBTIQ\* nachhaltig zu verbessern, braucht es dringend professionelle Anlaufstellen, die sich sowohl in der Nähe befinden, als auch niederschwellig kontaktfähig sind. Ebenfalls benötigt werden unter anderem Stellen, die schulische Einrichtungen bei der Akzeptanzförderung durch Aufklärungsmaßnahmen unterstützen.

Andere Bundesländer investieren deutlich mehr Geld in Maßnahmen für LSBTIQ\* als Bayern: In Niedersachsens Doppelhaushalt aus den Jahren 2017/18 waren bei insgesamt knapp acht Millionen Einwohnerinnen und Einwohner bereits 1,1 Mio. Euro für diesen Bereich eingeplant. Auch das Bundesland Hamburg führt für den Bereich „Gleichstellung von Frauen und Männern, sowie LSBTIQ“ im Doppelhaushalt von 2017/2018 690 Tsd. Euro an, bezogen auf die Einwohnerinnen- und Einwohnerzahl rund siebenmal so viel wie Bayern. Tendenz steigend.